

Kommentierung des Entwurfs für den Haushalt 2024

### **Fortgesetzte Misere**

Bei aller versuchter Beschönigung unserer Finanzmisere ist der vorgelegte Haushaltsentwurf 2024 unverkennbar geprägt von der langjährigen Weigerung des Bürgermeisters, seine wichtigste Pflichtaufgabe zu erfüllen; nämlich die Grund- und Mittelschule (GMS) Berching in ihrer Kapazität zu stärken und auf die Ganztagspflicht ab 2026 vorzubereiten. Diesen Handlungsbedarf hatte das Kultusministerium 2010 in einer Evaluierung festgestellt. Selbst zunehmender Druck aus dem Stadtrat seit spätestens 2015 konnte den Bürgermeister nicht dazu bewegen, das Projekt GMS aktiv in die Hand zu nehmen, wie es seine Pflicht als administrativ Verantwortlicher unserer Großgemeinde erfordert hätte.

Hingegen engagieren sich seit Jahren ehrenamtliche Stadträtinnen und -räte weit über das hinaus, was die Bayerische Gemeindeordnung als ihre Aufgabe und Verpflichtung vorsieht. Ebenso ist der motivierte Einsatz einzelner Mitarbeiter der Verwaltung aner kennenswert.

Für unsere Ablehnung des Haushaltsentwurfs nennen wir als wichtigste Gründe:

- 1) Die Finanzplanung 2024-2027 hat keinen Ansatz für Investitionen in die GMS. Die Verwaltung erwartet also keine Baumaßnahmen in diesem Zeitraum. Die heuer in Höhe von 585.000€ geplante Rücklage ist bei der absehbaren Investitionssumme unterdimensioniert.
- 2) In der Vorlage ist die Rede von einer geordneten Haushaltswirtschaft. Wir stimmen dem insoweit zu, als wir keine justiziablen Unregelmäßigkeiten in der Verwendung der Finanzen erkennen oder unterstellen. Allerdings ist der Schaden, der durch einen unzulässigen Griff in die Gemeindekasse entstehen könnte, weitaus geringer als der unserer Gemeinde bereits entstandene Schaden durch unprofessionelles, unmotiviertes Management des Projekts GMS. Wir laufen überdies Gefahr, die zeitlich bis 2027 befristete Sonderförderung für Ganztagsbetreuung zu versäumen. Der unserer Gemeinde schon entstandene und wahrscheinlich noch entstehende Schaden in Millionenhöhe ist allerdings nicht justizierbar.
- 3) Die aktuelle Verschuldung unserer Gemeinde wird mit 351€ pro Bürger als gering dargestellt. Rechnet man vorhandene Vermögenswerte gegen, sind wir praktisch schuldenfrei. Diese Rechnung ignoriert jedoch, dass die alternativlose Zig-Millionen-Investition in die GMS seit Jahren aufgeschoben wird. Befreit von Schönmalerei und realitätsnäher ist also die Feststellung einer versteckten Verschuldung in einem Ausmaß, wie wir es bisher in Berching nicht gekannt haben. Die Realisierung allein von Bauabschnitt 1 nach dem Modell der Berliner Architekten wird den Schuldenstand auf vorsichtig geschätzte 12 Mio.€ treiben. Dies entspricht einer Verschuldung pro Einwohner von etwa 1300€, also knapp das Doppelte der durchschnittlichen Verschuldung mit uns vergleichbarer Gemeinden in Bayern.
- 4) Wir vermissen weiterhin ein stimmiges strategisches Gesamtkonzept zur Entwicklung unserer Großgemeinde. Wir hangeln uns kurzsichtig von einem Problem zum nächsten. Der fortgesetzte Verlust zentralörtlicher Funktionen im Kernort unserer Gemeinde wird ignoriert und mit Schönrederei kaschiert. Wir wissen, es gibt keine einfachen Lösungen. Nur hilft es nicht, unbequeme Wahrheiten unter den Teppich zu kehren. Mangels Problemansprache und Diskussion können kreative Ideen und unkonventionelle Ansätze gar nicht entstehen.

Wir begrüßen die im Sommer 2023 an die Verwaltung ergangene Auflage der Rechtsaufsicht im Landratsamt, eine langfristige Finanzplanung und die Priorisierung aller anstehenden Aufgaben zu veranlassen. Sie öffnete endlich den Weg für eine rationale und demokratisch gebotene Vorgehensweise in der Planung für unsere Gemeinde. Unsere gleichlautende Forderung war jahrelang am Bürgermeister und der ihn stützenden Mehrheit gescheitert.

Bezug möchten wir auch nehmen zur Behauptung im Vorlagentext, der Haushalt 2024 stelle eine „Wende in der bisherigen Politik dar“. Unserer Erinnerung nach wurde aus dem Stadtrat ab 2015 mit steigender Vehemenz verlangt, den seit 2010 bekannten Handlungsbedarf bei der GMS in Angriff zu nehmen. Mit 14 Jahren Verzögerung wird 2024 im Haushalt erstmals auf die anstehende Investition reagiert, indem man zaghaft beginnt, die von der Rechtsaufsicht angemahnte Rücklage aufzubauen. Es mag wohl für die Verwaltung eine Politikwende darstellen, aus dem Stadtrat -zumindest aus Teilen davon- wird schon seit rund zehn Jahren massiv in die jetzt eingeschlagene Richtung gedrängt.